

Josef Hovenjürgen (CDU): Lieber Herr Kollege Priggen, ich möchte Ihnen einen Kommentar von Herrn Stenglein in der „WAZ“ vom heutigen Tage zur Kenntnis geben, der wie folgt lautet:

Im Fall des halbfertigen Kohlekraftwerks Datteln aber sind politische Kräfte am Werk, denen eine Industriearbeit als Menetekel gerade recht käme. Grüne und Öko-Lobbyisten haben schon begonnen, die Landesregierung wegen der Anpassung des Entwicklungsplans als Büttel der Energiekonzerne zu denunzieren.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Man muss befürchten, dass derlei Polemik beeindruckt. Doch abgesehen davon, dass auch ein Energiekonzern wie E.ON ein Recht auf Investitionssicherheit hat, geht es um mehr. Wenn auf Grund der Umweltrichtlinie 18 (!) NRW-Kraftwerksstandorte in Gefahr schweben, erfolgreich beklagt zu werden, hört der Spaß langsam auf.

Eine vernünftige Förderung regenerativer Energien geht in Ordnung, eine radikale Energiewende mit der Brechstange nicht. An einer gesetzestechnischen Notoperation, so prekär sie ist, führt kein Weg vorbei. Sie ist nicht zuletzt deshalb nötig, weil moderne Kraftwerke allemal umweltverträglicher sind als die alten, dann noch lange weiterlaufenden Dreckschleudern.

Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Hovenjürgen. – Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Änderungsanträge liegen nicht vor.

Wir kommen daher zur Abstimmung über Einzelplan 08 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 14/10208. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und der fraktionslose Kollege Sagel. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 14/10208 angenommen** und damit der **Einzelplan 08 verabschiedet**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 14 Ministerium für Bauen und Verkehr

Dieser Einzelplan umfasst die Teilbereiche „Städtebau und Wohnen“ und „Verkehr“.

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/10214 und auf die Änderungsanträge der

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; das sind die Nummern 71 bis 79 der Tischvorlage.

Wir beginnen mit dem

Teilbereich Städtebau und Wohnen

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat für die SPD-Fraktion der Kollege Hilser. Bitte schön, Herr Hilser.

Dieter Hilser (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist die letzte Debatte zum Teilbereich „Städtebau und Wohnen“ des Einzelplans 14 unter einer schwarz-gelben Landesregierung.

(Lachen von der FDP)

Von daher gestatten Sie mir einen Rückblick auf die Politik und die Haushaltsentwicklung in diesem Bereich. Begonnen hat die ganze Sache mit dem Leitfaden und unter der Planidee „Privat vor Staat“. Das Thema „Privat vor Staat“ hat sich durch die gesamte Haushaltspolitik in diesem Bereich in den letzten viereinhalb Jahren gezogen.

(Unruhe – Glocke)

Vizepräsident Oliver Keymis: Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns die Beratungen zügig und so fortsetzen, dass man dem Redner oder der Rednerin auch zuhören kann. Ich bitte Sie, die Gespräche nach draußen zu verlagern bzw. demjenigen zu lauschen, der spricht. – Bitte schön, Kollege Hilser, Sie haben das Wort!

Dieter Hilser (SPD): Die Politik „Privat vor Staat“ wurde die letzten Jahre konsequent durch den ganzen Haushalt gezogen. Angefangen hat die Aktion mit der Beschneidung der Mieterrechte. Zwei Beispiele an dieser Stelle: Zunächst wurde gegen den ausdrücklichen Widerstand von 42 mittelgroßen und großen Städten die Zweckentfremdungsverordnung abgeschafft. Sie haben damit den Städten die Möglichkeit genommen, zu verhindern, dass Wohnraum in der Innenstadt in Gewerbe- oder Büroräume umgewandelt wird. Dann haben Sie die Kündigungssperrfristverordnung aufgehoben und damit dafür gesorgt, dass sich der Kündigungsschutz von acht auf drei Jahre für einige hunderttausend Bürgerinnen und Bürger in diesem Land reduziert hat. Das war alles unter dem Stichwort „Privat vor Staat“ – auf Kosten der Mieterinnen und Mieter in diesem Lande.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dann kam die zweite Stufe, der Verkauf der LEG. Sie haben die Nebelkerzen geworfen, dass Sie eine Sozicharta entwickelt hätten, die den Mietern der

LEG auch bei Verkäufen schützen würde. Zunächst muss man feststellen: Sie haben die LEG an eine internationale Immobilienfirma verkauft, für die der Begriff „Heuschrecke“ eindeutig und glasklar zutrifft. Sie waren stellenweise nicht einmal in der Lage, uns mitzuteilen, wie viele Käufer es für diesen LEG-Bereich eigentlich gab. Aber klar ist, das war eine internationale Immobilienspekulantin. Und wir erfahren heute, was aus diesen Verkäufen geworden ist. Schauen wir zum Beispiel nach Dortmund-Wickede, nach Kreuztal, nach Unna, nach Neuss und nach Essen. In Essen-Bergmannsfeld wurden 900 LEG-Wohnungen an eine Heuschrecke verkauft. Ein Drittel der Wohnungen ist renoviert, aber da stehen seit Monaten die Werkzeuge in der Ecke und dort passiert nichts mehr. Wir haben die schriftliche Äußerung der LEG-Geschäftsführung, dass frühestens im Frühjahr 2010 eine Entscheidung fällt, ob die Maßnahmen fortgeführt werden oder nicht. Das sind glasklare, konkrete Beispiele, wozu Ihr Verkauf der LEG geführt hat.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es war ja nun nicht so, dass Sie dann stehen geblieben wären. Gestern kam dann der Supergau ihrer Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen: nämlich der Beschluss über die Vollintegration des Wohnungsbauvermögens in die NRW.BANK. Dazu muss ich kurz erläutern: Sie schieben ein Vermögen in Höhe von 18 Milliarden € aus einer selbstständigen Anstalt in die NRW.BANK. Damit kommt es im Grunde zu zwei wesentlichen Ergebnissen.

Erstens. Wir haben ein jährliches Fördervolumen in Höhe von 1 Milliarde € aus diesem Wohnungsbauvermögen, mit dem Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen gemacht wird. Diese 1 Milliarde € tritt durch Ihre Gesetzgebung jetzt in Konkurrenz zu anderen Förderzwecken – mit Mittelstandsförderung, Bildungsförderung und anderen Infrastrukturprojekten. Das heißt, Sie werden willentlich und wissentlich die Wohnungsbauförderung in Nordrhein-Westfalen zurückschrauben. Das ist ein verheerendes Signal, vor allem gegenüber den Städten dieses Landes.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zweitens: In § 6 Abs. 3 des Gesetzes zur Umsetzung der Föderalismusreform im Wohnungswesen, zur Steigerung der Fördermöglichkeiten der NRW-BANK und zur Änderung anderer Gesetze räumen Sie dem Bankvorstand bei sogenannten Risikogeschäften ein Vetorecht ein. Das bedeutet, in Zukunft entscheidet nicht mehr das Parlament über Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen, sondern der Bankvorstand der NRW.BANK. Das ist eine unsägliche Entscheidung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es ist ja nicht nur so, dass Sie diesen Unfug anrichten, sondern Sie lehnen auch noch die Vorschläge der Opposition konsequent ab. Zwei Beispiele dazu:

Erstens. Unseren Vorschlag, Standortgemeinschaften zum Thema Wohnen einzurichten, sodass wir die Möglichkeit haben, Investoren, die sich an Stadtentwicklung nicht beteiligen wollen, per Gesetz dazu zu zwingen, mitzuhelfen, Stadtquartiere lebenswert zu halten, haben Sie ohne Argumente, ohne jede Begründung abgelehnt.

Zweitens. Wir haben uns dafür ausgesprochen, aus den Überschüssen der Wohnungsbauanstalt eine Stiftung einzurichten, damit wir über diese Stiftung sogenannte weiche Faktoren in Problemvierteln stützen und aufbauen können. Auch das haben Sie konsequent und ohne eigene Vorstellungen abgelehnt.

Damit stelle ich fest: Unter dem Strich hat in der Entwicklung der letzten Jahre Ihre Politik dazu geführt, dass Mieterrechte beschnitten und 100.000 Wohnungen an Spekulanten verscherbelt wurden. Sie fahren das Landeswohnungsbauvermögen an die Wand und lassen die Kommunen im Stich. Das alles ist schädlich für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Hilser. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Sahnen.

Heinz Sahnen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich sollte das eine Haushaltsdebatte sein und nicht die Wiederauflage von Lügen

(Widerspruch von der SPD)

vom gestrigen Abend, von Aussagen wider besseres Wissens.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Saure Sahne!)

Denn das, was Sie zum Thema NRW. BANK und zu den Verlusten im Bereich des Wohnungsbauvermögens gesagt haben, sind Parolen, die Sie bereits gestern Abend ausgiebig dargelegt haben. Herr Schulte hat darauf geantwortet. Deshalb frage ich mich, was das mit dem Haushalt zu tun hat.

Ich möchte eines feststellen, Herr Hilser, und das ist inzwischen ein Ärgernis: Man könnte das ja als Oppositionsgetöse wegtun, aber Ihre Aussagen zu diesen Themen sind einfach Lügen. Lügen muss man auch einmal beim Namen nennen. Deswegen sage ich das in dieser Deutlichkeit.

(Beifall von der CDU)

Das kann man so nicht stehen lassen. Das sind Aussagen wider besseres Wissen, die wir mit aller Deutlichkeit zurückweisen. Das ist nicht gut für das politische Klima in unserem Land.

Aber jetzt im Einzelnen zum Haushalt, denn darum geht es tatsächlich. Welchen Satz haben Sie eigentlich zum Haushalt gesagt, Herr Hilser? Haben Sie sich da ausgeklinkt, oder wie verhalten Sie sich in dieser Frage?

Der Etat für das Ministerium für Bauen und Verkehr beweist auch in diesem Jahr Weitblick. Im Entwurf werden die Herausforderungen im Städte- und Wohnungsbau mit einem umfangreichen Volumen finanziell unterlegt. Damit sind auch nennenswerte wirtschaftliche Impulse für die Arbeit von Beschäftigten in Planungsbüros, in den Handwerksbetrieben und in der Bauindustrie verbunden.

Im kommenden Jahr soll aus dem Wohnungsbauvermögen des Landes für die soziale Wohnraumförderung 1 Milliarde € bereitgestellt werden. Das sind ca. 50 Millionen € mehr als in 2009. Im Bereich des Städtebaus stehen 320 Millionen € zur Verfügung. Das ist ebenfalls eine Steigerung um 55 Millionen € gegenüber 2009.

Sie sehen also: Nicht Reden ist die Devise, sondern Handeln. Kleinkariertes Mäkeln, wie wir es gerade wieder gehört haben, an den Antiquitäten unseres Instrumentenladens im Rahmen der Wohnungsbaupolitik wie Fehlbelegeabgabe – Herr Hilser, das haben Sie ganz vergessen – oder Nutzungsänderungsverordnung usw. – Sie haben das angesprochen – ist nun wirklich Geplänkel von gestern, ist ein Beschäftigen mit Antiquitäten. Aber wir wollen die Zukunft gestalten. Von daher ist es eine absolut rückwärtsgerichtete Politik, und es ist einfach alles vertan.

(Zuruf von Dieter Hilser [SPD])

Stichwort LEG: Herr Hilser, auch hier machen Sie Ihre Ausführungen wider besseres Wissen. Wir haben in der letzten Sitzung den Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit eindrucksvollen Aussagen

(Horst Becker [GRÜNE]: Drei Monate!)

zu den Ergebnissen und zu den Erfolgen dieses Verkaufs vorgelegt bekommen. Herr Becker, das sollte einmal zur Kenntnis genommen und gewürdigt und nicht ständig kritisiert werden.

Meine Damen und Herren, gerade mit diesem Haushalt werden notwendige Antworten gegeben und die Instrumente neu justiert und entsprechend angepasst. Hier kann wirklich gesagt werden: Das Ministerium, die Politik hat hier gute Arbeit geleistet. Die demografischen Entwicklungen erfordern nämlich, dass die Wohnungsmärkte genau beobachtet werden. Nur dann ist eine öffentliche Förderung zielgenau. Deshalb wurden die Pestel-Studie und das FuB-Gutachten erstellt. Diese Grundlagen liefern gesicherte Erkenntnisse für eine zielgenaue Wohnraumförderung.

Wir wissen ganz genau, dass in den Ballungsgebieten an der Rheinschiene oder in den Schrump-

fungsregionen in ländlichen Gebieten oder aufgrund der auffallenden Besonderheiten in den Altindustriegebieten, in besonderer Weise im Ruhrgebiet, eine zielgenaue Förderung ermöglicht werden muss. Es geht nicht mehr um die Gießkanne, sondern es geht darum, dass wir hier wirklich mit einem genauen Instrument vorgehen.

Ein anderes Stichwort. „Zurück in die Innenstädte“ ist seit einigen Jahren ein Trend. Unsere Städte erfahren hierdurch eine Aufwertung, und das ist gut so. Wir werden älter und bleiben länger mobil. Deshalb sind neue städtische Wohnformen und Wohnangebote gerade für eine alternde Gesellschaft wieder attraktiv.

(Horst Becker [GRÜNE]: Das liest der Minister doch gleich vor!)

Barrierefreiheit ist in diesem Zusammenhang ein Stichwort, das sich nicht allein auf kleinräumige Einheiten der eigenen Wohnung bezieht, sondern zunehmend ein Kriterium im Städtebau und im städtischen Nahverkehrsangebot darstellt.

Das wissen nicht nur Ältere, sondern das weiß auch die jüngere Generation zu schätzen, vor allen Dingen Eltern, Mütter mit Kinderwagen und junge Familien, wenn sie eine berufliche Tätigkeit und die Familienerfordernisse in Einklang bringen und auch ihren Freizeit- und Kulturinteressen nachgehen wollen.

Wohnqualität ist – das wissen wir – mit Energieverbrauch verbunden. Dies ist einerseits eine Kostenfrage – Stichwort zweite Miete; da gibt es sorgenvolle Dinge, und deswegen müssen wir uns intensiv darum kümmern –, andererseits wird gerade durch Überlegungen in diesem Bereich ein deutlicher Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Es ist ausdrücklich unser Wille, dass wir gerade diesen Gesichtspunkt deutlich hervorheben.

Klar ist, die Ziele des Klimaschutzes machen im Wohnungsbau größere Anstrengungen als bisher notwendig. Ansprüche an den Klimaschutz sind im Neubau inzwischen Standard. Öffentliche Mittel werden nur gewährt, wenn die Energieeinsparverordnung 2009 nachweisbar eingehalten wird. Schwieriger sind Energieeinsparmaßnahmen und Klimaschutz in der großen Anzahl von Altbeständen umzusetzen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Das liest der Minister gleich vor!)

Deshalb war es richtig und zukunftsweisend, dass diese Regierung hier entsprechende Fördermöglichkeiten eröffnet hat.

Meine Ausführungen zum Wohnungsbau wären unvollständig, wenn der Gedanke der Eigentumsförderung nicht explizit angesprochen wird. Ich sage ausdrücklich, das ist ein altes Thema. Solange wir über soziale Marktwirtschaft sprechen und solange wir Sozialpolitik betonen, betonen wir auch immer

wieder die Eigentumsbildung und die Eigentumsförderung in Arbeitnehmerhand. Gerade der Wohnungsbau ist hierfür bestens geeignet, weil er eine nachhaltige Eigentumsbildung ermöglicht, damit die Menschen, die Eigentum erworben haben, in Form eines eigenen Hauses oder einer Eigentumswohnung, vor allen Dingen im Alter günstiger dastehen. Sie haben dann einfach mehr von ihrer Rente und müssen nicht einen Großteil ihres Geldes zum Beispiel als Miete zu irgendeiner Wohnungsbaugesellschaft tragen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Von daher ist dieser Gesichtspunkt für uns sehr wichtig. Deshalb ist es auch richtig, dass gerade im Rahmen der öffentlichen Förderung Wohneigentum in besonderer Weise ermöglicht wird.

Meine Damen und Herren, das wichtigste Signal für den Haushalt 2009 gerade im Bereich der Wohnungsbauförderung und des Städtebaus ist Verlässlichkeit. Daran ändert auch die Vollintegration des Landeswohnungsbauvermögens in die NRW.BANK nichts. Im Gegenteil: Sie stabilisiert diese Möglichkeiten. Das ist gestern im Einzelnen dargelegt worden; ich will das hier deshalb nicht wiederholen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Das ist eine tollkühne Behauptung!)

– Herr Becker, Sie wollen es nicht verstehen. Von daher werden Sie das gleich sicherlich wiederholen.

Das Bekenntnis zu einer bedarfsorientierten und sozialen Wohnraumförderung ist durch diese Landesregierung ungebrochen, und es wird auch weiterhin eingelöst. Lautes Getöse, wie wir es vor allen Dingen gestern erlebt haben, ist reine Rabulistik und bringt uns einfach nicht weiter.

Mit den Erfordernissen des Wohnungsbaus sind die Elemente der Städtebauförderung bzw. der Stadtentwicklung eng verbunden. Die besonderen Chancen der Innenstädte wurden schon angesprochen. Diese Landesregierung hat deshalb für die Aufwertung von Innenstädten besondere Fördermaßnahmen beschlossen.

Zudem haben die Baukultur und der Denkmalschutz eine hohe Priorität. Minister Lienenkämper hat sich hierzu ausführlich auf dem Internationalen Architektenkongress 2009 geäußert. Sie haben die Innenstädte und ISG, also Immobilien- und Standortgemeinschaft, angesprochen. Ich denke, dass wir auch hier ein richtiges Instrumentarium geschaffen haben und auf einem guten Weg sind, gerade auch die Innenstädte weiterzuentwickeln und zu vitalisieren.

Meine Damen und Herren, für die Bund-Länder-Programme „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“ stehen im Haushalt über 190 Millionen € zur Verfügung. Auch dieser Ansatz ist ausdrücklich zu begrüßen. Wenn wir Wohnqualität und Lebensqualität in einer geordneten Wohnumgebung mit zufriede-

nen Nachbarschaften stabilisieren wollen, sind diese Aufwendungen zwingend notwendig. In besonderer Weise ist es auch notwendig, dass eine soziale Begleitung stattfindet, und das alles wird hiermit ermöglicht.

Im Bereich Städtebauförderung setzt die Landesregierung natürlich auch auf das Engagement von privaten Investoren. Das Instrument Regionale stellt darüber hinaus gerade für bestimmte Regionen eine attraktive Möglichkeit zur Aufwertung des städtebaulichen und landschaftlichen Erscheinungsbildes dar. So können bis zu 90 % der Investitionen für sinnvolle städtebauliche Erneuerungen oder Aufwertungen gefördert werden.

Zusammenfassend: Im Rahmen der Wohnungsbauförderung und des Städtebaus stehen seitens des Landes im Haushalt 2010 insgesamt 1,32 Milliarden € zur Verfügung. Dies bedeutet eine Steigerung um 8,6 %. Damit wurden Chancen für ein verbessertes Wohnen, für sozial gerechtes Wohnen, für Klimaschutz und für lebendige Städte und in besonderer Weise auch für Arbeitsplätze im Baugewerbe eröffnet. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sahnen. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Rasche.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg eine Mitteilung an die Sprecher: Im Gegensatz zum Kollegen Heinz Sahnen werde ich die verabredete Redezeit einhalten. Er hat das leider nicht getan.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Wer Wahlversprechen nicht einhält, braucht auch die Redezeit nicht einzuhalten!)

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushalt und in den vergangenen viereinhalb Jahren hat sich unter FDP und CDU die Städtebau- und Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen zu einer wirklich pragmatischen und effektiven Politik gewandelt. Städtebauleuchttürme, wie früher von der SPD ständig gepuscht, gibt es in diesem Land seit 2005 nicht mehr. Der Gesamtetat des Ministeriums für Bauen und Verkehr liegt in diesem Jahr bei rund 3 Milliarden €. Investitionen können also trotz der Wirtschaftskrise auf dem Niveau des Vorjahres getätigt werden.

Für den Bereich der Stadtentwicklung stehen uns für das kommende Haushaltsjahr rund 302 Millionen € zur Verfügung; das sind etwa 50 Millionen € mehr als im Jahre 2009. Das ist nicht nur gut, liebe Kolleginnen und Kollegen, für unsere Städte, sondern auch gut für Arbeitsplätze und die Wirtschaft.

Den größten Teil dieser Mittel stellen wir für die allgemeine Städtebauförderung bereit. Dabei stehen gemeinsame Förderprogramme mit dem Bund, 57 Millionen € für energetische Modernisierung der sozialen Infrastruktur und 26 Millionen € für die Reaktivierung von Brachflächen durch den Grundstücksfonds besonders im Blickpunkt.

Mit dem Haushaltsgesetz 2010 schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass auch Kommunen mit Nothaushalten an relevanten Förderprogrammen im Baubereich teilhaben können.

Meine Damen und Herren, wir haben die soziale Wohnraumförderung von 840 Millionen € über 950 Millionen € auf 1 Milliarde € aufgestockt.

(Wolfgang Röken [SPD]: Auf den alten Stand gebracht!)

Alle förderfähigen Anträge werden bei dieser Koalition bewilligt. Das ist seit 2005 der Fall.

Die Wohnraumförderung Nordrhein-Westfalens ist und bleibt im deutschen Vergleich einzigartig. Darüber hinaus wird sich die Förderbasis der NRW.BANK durch die Vollintegration des Landeswohnungsbauvermögens ganz wesentlich erweitern. Gerade in der Wirtschaftskrise sind diese Förderprogramme für Wachstum und für Arbeitsplätze besonders wichtig. Die Wohnraumförderung selbst wird dadurch in keiner Weise eingeschränkt. Das Primat der Politik bleibt eindeutig bestehen. Kollege Hilser bezweifelt das. Die Sachverständigen waren in der Anhörung ganz anderer Meinung und haben uns in diesem Punkt klar und deutlich bestätigt. Im Fokus des neuen Wohnraumförderungsgesetzes stehen insbesondere die regionale Differenzierung der Wohnungsmärkte, der demografische Wandel und die energetische Gebäudesanierung.

Meine Damen und Herren, die Bau- und Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen war völlig überreguliert. Wir haben die Rahmenbedingungen verbessert, damit sich die Wohnquartiere wieder positiv entwickeln und Anreize entstehen, um in Neubau und Sanierung zu investieren.

Der Bund Deutscher Baumeister hat kürzlich bei seiner Tagung in Bielefeld nochmals hervorgehoben: Nur wenn es sich lohnt, wird auch investiert.

Um die Überregulierung zu beenden, haben wir die Kündigungssperrfristverordnung, die Zweckentfremdungsverordnung und die Fehlbelegerabgabe abgeschafft.

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

Wir haben die Grundstücksobergrenze von 400 m² als Fördervoraussetzung für selbst genutztes Wohnen abgeschafft.

(Horst Becker [GRÜNE]: Eine Schandtat!)

Wir haben insbesondere für kleinere Bauvorhaben massive Vereinfachungen im Baurecht umgesetzt.

Wir haben die Grundlagen für öffentlich-private Partnerschaften insbesondere in historischen gewachsenen Geschäftszentren geschaffen.

Meine Damen und Herren, die geplante und sinnvolle Privatisierung der LEG-Wohnungsbestände haben wir mit Augenmaß und unter Wahrung höchster sozialer Standards im Interesse der Mieter und Mitarbeiter durchgeführt. Hierzu haben wir den Verkauf der Wohnungen an ein bundesweit einzigartiges Sozialschema, an eine Sozialcharta, gebunden, deren Einhaltung – auch das ist neu – einmal jährlich der Prüfung unterzogen wird. Der erste Prüfbericht liegt nun vor. Darin ist zu lesen, dass die Bestimmungen der Sozialcharta in einem weit höheren Maße erfüllt werden als vertraglich gefordert. Warum die ständigen Beschwerden der Opposition? Übrigens: Ursprünglich war der LEG-Verkauf eine Idee von SPD und Grünen, allerdings ohne jedwede soziale Sicherungsmaßnahme.

Meine Damen und Herren, die Bau- und Wohnungspolitik hat sich seit 2005 sehr erfolgreich entwickelt. FDP und CDU – wer sonst? – werden ihren Weg in den nächsten Jahren, also auch nach dem 9. Mai, lieber Herr Hilser, konsequent weitergehen.

(Beifall von FDP und CDU – Horst Becker [GRÜNE]: Unglaublich!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Ich will noch einmal darauf hinweisen: Jeder Fraktion stehen zehn Minuten Redezeit zur Verfügung. Der Kollege Sahnen hat diese Redezeit mit einer Punktlandung eingehalten. Ich weiß nicht, was abgemacht war, aber das werden Sie untereinander ausmachen. Von hier oben aus war alles in Ordnung. Ich möchte keine anderen Eindrücke aufkommen lassen.

Als nächster Redner hat Kollege Becker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Bitte schön.

Horst Becker^{*} (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute den Haushalt des Haushaltsjahres 2010 und damit den letzten Haushalt, den diese Koalition gestalten wird.

(Zuruf von Gerhard Lorth [CDU])

Insofern muss man auch einmal zurückschauen. Zunächst will ich feststellen: Was Sie hier in den letzten vier Jahren in der Wohnungsbaupolitik abgeliefert haben, lässt sich eigentlich nur noch mit dem Wort Abrissbirne bezeichnen.

(Beifall von den GRÜNEN)

So sind Sie durch die Gegend gelaufen. Genau dies haben Sie in den letzten Jahren gemacht. Lassen Sie mich das an wenigen Punkten verdeutlichen.

Sie haben sich tatsächlich an den Mieterrechten vergriffen. Insbesondere haben Sie die Kündigungssperrfristverordnung, also die nordrhein-westfälische Verordnung zu der entsprechenden Bundesgesetzgebung, abgeschafft. Damit sind Sie weit hinter das bayerische, das baden-württembergische und das hessische Recht zurückgefallen. In diesen Ländern gibt es in einer Reihe von Kommunen Kündigungssperrfristverordnungen mit Fristen von bis zu zehn Jahren. Dies enthalten Sie den Mieterinnen und Mietern in Nordrhein-Westfalen trotz der Probleme, die es hier am Wohnungsmarkt gibt, vor. Das ist schändlich.

Ferner haben Sie alleine in den letzten vier Jahren dem Wohnungsbauvermögen des Landes über die Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe rund 160 Millionen € entzogen. Dieses Geld fehlt im sozialen Mietwohnungsbau. Das ist ebenfalls schändlich.

Ich will Ihnen das auch noch an einer Zahl deutlich machen. Alleine zwischen dem Jahr 2005 und dem Jahr 2015 wird sich die Zahl der Sozialwohnungen, in Bezug auf die die Kommunen ein Bindungsrecht haben, halbieren. Das ist ein enormes Problem, das Sie in die Zukunft hinein transportieren und das wir alle zusammen in den Kommunen auszuhalten haben werden.

Dieses Problem ist deswegen so enorm, weil wir es in den nächsten Jahren bekanntlich mit zunehmender Altersarmut zu tun haben werden und weil durch die Hartz-Gesetzgebung die Divergenz in der Gesellschaft zwischen Reichen und Armen erheblich zunimmt. Wir machen also genau das Falsche. Statt Sozialwohnungen mit Bindungsbelegung auszubauen, nimmt der Bau solcher Wohnungen ab. Wir bekommen im Jahr kaum noch 5.000 Wohnungen dazu, verlieren aber jährlich ungefähr 50.000. Das ist ein Fakt, und zwar ein verheerender Fakt, den diese Regierung zu verantworten hat.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt nennen, der heute noch nicht angesprochen worden ist. Sie haben auch in der Städtebauförderung ganz erheblich abgebaut. Ich erinnere an die Beratungen zum Gemeindefinanzierungsgesetz im Jahr 2006. Seinerzeit ist das alles aus dem GFG herausgenommen worden und in die ministeriellen Haushalte, also in den Einzelplan 14 unseres Haushalts, überführt worden. Seinerzeit wurde gesagt, dort werde keine Streichung vorgenommen. Das Erste, was vorgenommen worden ist, waren aber Streichungen bei der Städtebauförderung. Auch das ist im Wohnungsbau dramatisch. Sie wissen das selbst.

Diese Punkte stellten aber nur den Aufgalopp dar. Der große Punkt war in der Tat der LEG-Verkauf mit rund 100.000 Wohnungen an Heuschrecken. Ich darf noch einmal an die Namen erinnern. Sie haben ja gesagt, die Wohnungsbaupolitik dieses Landes sei verlässlich. Ihre Verlässlichkeit gründet sich auf denkwürdige Namen wie Weiße Rose und Vendetta.

Weiße Rose und Vendetta – das sind die verlässlichen Partner in der Wohnungswirtschaft dieser Landesregierung. Ich halte das für bezeichnend. „Privat vor Staat“ geht hin zu Heuschrecken. Das ist Ihr Weg – von Verlässlichkeit keine Spur.

Um dieses Stichwort direkt aufzugreifen: Auch im Zusammenhang mit einer Sozialcharta ist natürlich überhaupt keine Verlässlichkeit gegeben. Es ist ja geradezu tollkühn – damit führen Sie ein absolut lächerliches Schauspiel auf –, dass Sie sich bestätigen lassen, in den ersten drei oder vier Monaten des Jahres 2008 – darauf bezog sich der Prüfbericht – sei angeblich alles gut gegangen. Zunächst einmal sind es nur drei bis vier Monate. Außerdem betrachten Sie die Durchschnittsmietpreise und die durchschnittlichen Erneuerungs- und Instandhaltungsaufwendungen. Das ist, mit Verlaub, ziemlich lächerlich, Herr Kollege.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es ist auch deswegen lächerlich, weil Sie ausweislich Ihrer eigenen Vereinbarung mit den Heuschrecken vereinbart haben, dass Sie den Prüfbericht für das Jahr 2009 erst nach der Landtagswahl vorlegen wollen. Das ist sowohl spannend und interessant als auch verwerflich, weil natürlich, wie wir alle wissen, Mieterhöhungen in drastischer Höhe vorgenommen worden sind – 20 % zum Beispiel bei Ihnen in Neuss. Ich frage mich auch, ob das bei Ihnen möglicherweise mit dem Punkt Wiederwahl zu tun hat. Erhöhungen um 20 % sind also vorgenommen worden. Außerdem wissen wir – Herr Kollege Hilser hat darauf hingewiesen –, dass es bei der Instandhaltung an ganz vielen Stellen zum Stillstand gekommen ist. Vor diesem Hintergrund können Sie nicht behaupten, das sei eine wunderbare Geschichte; die Sozialcharta sei eingehalten worden; das sei alles bestätigt worden. Das ist, mit Verlaub, absoluter Nonsense. Sie machen an der Stelle nichts anderes, als die große Nebelwurfmaschine einzuschalten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich will Ihnen gerne noch einen weiteren Punkt nennen, nämlich die Frage der Wfa. Man kann es nicht so machen, wie Sie das tun. Sie unternehmen hier ein absolut gefährliches Experiment – und zwar nicht, weil das Wohnungsbauvermögen nicht heute schon haften würde. Wir alle, die wir uns damit auskennen, sind uns einig, dass es das tut.

Das Experiment ist vielmehr erstens deswegen so gefährlich, weil in Zukunft das Wohnungsbauvermögen letztlich mit für Förderprogramme aller Art erhalten muss, also in Konkurrenz zu anderen Förderzielen am Kabinettstisch ausgekegelt wird.

Zweitens ist es so verwerflich und so gefährlich, weil es mit dieser Ausweitung der Eigenkapitalbasis und der Ausweitung des Fördergeschäfts dahinter – das im Übrigen von diesem Parlament und vom Landesrechnungshof nicht mehr geprüft werden kann –

selbstverständlich dazu kommt, dass wir nicht mehr im Griff haben, was passiert, sondern dass alleine der Vorstand der Bank das Risikomanagement im Wohnungsbau nach dem Kreditwesengesetz betreibt. Das ist etwas anderes als die Steuerung durch das Parlament im Wohnungsbau.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, um die Absprachen in etwa einzuhalten, will ich nur noch einen Satz zu den Gesetzen zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes der letzten Jahre sagen. Wir hatten insgesamt sechs davon. Herr Rasche, sie sind deshalb immer wieder erlassen worden, weil aus der Wohnungsbauförderungsanstalt Kapital entnommen worden ist. Hier rühmen Sie sich, dass Sie das Kapital jetzt wieder auf die alte Höhe zurückführen. Eigentlich hätten Sie eben auch sagen müssen, dass Sie sich zwischendurch für die Landeskasse am Wohnungsbauförderungsvermögen vergriffen haben.

Das ist die Wahrheit. So sieht Ihre Politik aus. Diese Politik ist falsch.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Lienenkämper das Wort.

(Frank Sichau [SPD]: Er begründet jetzt die falsche Politik! – Christof Rasche [FDP]: Alle Anträge wurden bewilligt! Mehr geht doch nicht! – Horst Becker [GRÜNE]: Ich habe noch drei Minuten! Ich könnte noch etwas dazu sagen!)

Lutz Lienenkämper, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Der Einzelplan 14 ist auch im Jahr 2010 wieder ein wichtiger Beitrag dazu, dass wir gestärkt aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise hervorgehen. Daher werden wir auch im Jahre 2010 die Schwerpunkte fortführen, die es ermöglichen, mit den entsprechenden Investitionen die erforderliche Modernisierung und die wirtschaftliche Erholung unseres Landes abzusichern.

Im Entwurf 2010 des Haushalts für Bauen und Verkehr ist ein Gesamtetat von rund 3,077 Milliarden € veranschlagt. Für die Finanzierung der sozialen Wohnraumförderung – das ist schon gesagt worden – stellen wir nicht 840 Millionen €, nicht 950 Millionen €, sondern für dieses Jahr über 1 Milliarde € zur Verfügung. Das macht nachdrücklich deutlich, dass wir an unserem Ziel festhalten, alle bewilligungsreifen Anträge auch zu bewilligen. Kein Antrag wird abgelehnt werden. Wir stehen verlässlich zur sozialen Wohnraumförderung, jetzt und auch in Zukunft.

Die Vollintegration, meine sehr geehrten Damen und Herren, ermöglicht uns sowohl eine verstärkte Basis für die soziale Wohnraumförderung als auch eine verstärkte Basis für die übrigen Fördermöglichkeiten der NRW.BANK, die die Förderbank für das Land Nordrhein-Westfalen ist und die kein auf Wirtschaftsmaximierung ausgerichtetes Finanzinstitut ist.

Wir haben eine Win-Win-Situation, wie es da so klassisch heißt. Ihre Argumente, Herr Kollege Hilser und Herr Kollege Becker, von gestern Abend waren gestern Abend schon nicht richtig und sind auch über Nacht nicht richtiger geworden.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Die soziale Wohnraumförderung habe ich damit behandelt.

Lassen Sie mich zur Stadterneuerung einige Ausführungen machen. Mit 318 Millionen € für die Stadterneuerung und die Denkmalpflege wird das Budget im Vergleich zum Jahr 2009 um 36 Millionen € bereinigt, um Einmal-Effekte aufgestockt. Die Verstärkung des Ansatzes resultiert aus den gemeinsamen Anstrengungen von Bund und Land für den Klimaschutz mit der energetischen Modernisierung der sozialen Infrastruktur in den Gemeinden.

In der allgemeinen Städtebauförderung stellen wir 191,5 Millionen € für Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände bereit. Sie sind für die Umsetzung von fünf Förderprogrammen, die von Bund und Land gemeinsam finanziert werden, vorgesehen. Dabei, meine Damen und Herren, stärken wir die Innenstädte und Ortsteilzentren, entwickeln sie weiter und stellen nachhaltige städtebauliche Strukturen dort her, wo erhebliche Funktionsverluste jetzt zu beklagen sind.

Die REGIONALEN werden fortgeführt. Ich gebe zu: Wir hätten sie erfinden müssen, wenn es sie nicht schon gegeben hätte. Der Zwang zur überregionalen Zusammenarbeit, der durch die REGIONALEN ausgelöst wird, bewirkt übrigens sehr viel mehr als die Projekte in ihrer Addition. Sie alle sind schon gut, weil sie eine überregionale Bedeutung haben. Dass dann wirklich einmal über den Kirchturm hinaus gedacht und Zusammenarbeit in der Region gepflegt wird, ist richtig so, ist gut so. Und wir setzen das fort.

57,2 Millionen € sind für die energetische Modernisierung der sozialen Infrastruktur vorgesehen, 15,6 Millionen € für die kommunale, private und kirchliche Förderung im Bereich der Bau- und Bodendenkmalpflege, so dass Sie sehen, dass wir uns mit allen Bereichen der Baupolitik intensiv auch haushaltsmäßig für das nächste Jahr wappnen.

Sie wissen, meine Damen und Herren, dass beim Wohngeld die notwendigen sozialen Aspekte in unserem Land nicht nur nicht vernachlässigt, sondern vollständig erfüllt werden. Mit der auch auf die

Initiative Nordrhein-Westfalens zurückgehende Leistungsrelevante im Wohngeld 2009 sind deutliche Leistungsverbesserungen eingetreten, die gerade in einer Wirtschaftskrise helfen, die finanziellen Auswirkungen für die Betroffenen und insbesondere für Geringverdienende mit Kindern sozial abzufedern.

Für das Jahr 2010 gilt eine Wohngeldveranschlagung in Höhe von 393 Millionen € inklusive des Bundesanteils. Sie liegt damit um rund 218 Millionen € höher als im Jahre 2008 vor der Gesetzesnovelle. Sie sehen, meine Damen und Herren, im Bereich des Bauens, der Stadtentwicklung und der Denkmalpflege sind wir für das Jahr 2010 mit diesem Haushaltsentwurf gut aufgestellt. Wir werden gestärkt aus der Krise hervorgehen – und das mit modernen und nachhaltigen Mitteln. Insofern empfehle ich diesem Hohen Hause die Annahme des Einzelplans.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Lienenkämper. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zum Teilbereich „Städtebau und Wohnen“.

Wir kommen zum

Teilbereich Verkehr

Hierzu spricht für die SPD-Fraktion als erster Sprecher Kollege Wißen.

Bodo Wißen (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir erleben eine Premiere und eine Finissage zugleich – eine Premiere, weil dies der erste ordentliche Haushalt, soweit man bei dieser Landesregierung von ordentlich sprechen kann, und nicht etwa Nachtragshaushalt oder so etwas ist, den Minister Lienenkämper einbringt. Gleichzeitig ist es auch die Finissage, denn wir wissen, am 9. Mai des nächsten Jahres ist das auf dieser Seite hier beendet.

Es macht also Sinn, sich Anspruch und Wirklichkeit der Verkehrspolitik der Rüttgers-Regierung einmal vor Augen zu führen und Bilanz zu ziehen. Da kommt man auf sehr interessante Ansichten.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schemmer?

Bodo Wißen (SPD): Das ging jetzt aber sehr flott. – Ja, selbstverständlich.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Schemmer, Sie hatten sich gemeldet. Bitte schön.

Bodo Wißen (SPD): Herr Kollege Schemmer.

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Wißen, da ich gerade von Ihnen vernommen habe, dass wir am 9. Mai nächsten Jahres eine neue Regierung bekommen, müssen Sie auch wissen, wie die tatsächlich aussieht: Ich habe gerüchteweise gehört, dass Sie davon ausgehen, dass dann der Herr Sagel der neue Ministerpräsident dieses Landes wird. Ist das richtig?

(Heiterkeit – Frank Sichau [SPD]: Wir sind hier nicht in einer Karnevalssitzung!)

Bodo Wißen (SPD): Herr Sagel als Ministerpräsident, das wäre natürlich nicht gut für unser Land. Aber die Vorstellung, dass Sie Verkehrsminister würden, würde das um ein Vielfaches toppen.

(Beifall von der SPD)

Herr Schemmer, so ist das.

Wir kommen wieder zu der ernsthaften Diskussion. Die Regierung Rüttgers ist ohne Plan auch im Bereich der Verkehrspolitik. Das haben wir viereinhalb Jahre – mit Abschluss dieser Legislatur werden es dann fünf Jahre sein – erlebt. Pläne spielen bekanntlich beim Thema Verkehr eine große Rolle. Diejenigen, die Pläne machen, sollten sich besonders gut auskennen. Diejenigen, die keinen Plan haben, sollten sich bemühen, einen zu bekommen.

Voraussetzung ist immer, dass man auch ein Ziel im Blick hat. Davon ist leider nichts bei der Verkehrspolitik der Regierung Rüttgers zu erkennen. Sie hat weder einen Plan noch das erkennbare Bestreben, sich einen solchen zu erarbeiten, noch ist das Ziel dieser Regierung im Themenbereich Verkehr und sicherlich darüber hinaus auch nur einigermaßen zu erkennen.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist noch gar nicht so lange her, da gab es ein Wahlplakat der FDP mit der Aussage: NRW braucht mehr Tempo. Kollege Rasche wird sich sicherlich daran erinnern, ganz so lange ist das noch gar nicht her. Jetzt geht es auf NRWs Straßen so langsam zu wie in keinem anderen Bundesland, Herr Rasche. Wir juckeln mit durchschnittlich 30 km/h in NRW über unsere Straßen, während andere Bundesländer immerhin auf 50 km/h kommen.

Stauforscher rechnen uns vor, dass Staus in Deutschland jährlich 25 bis 100 Milliarden € kosten und da sind natürlich noch nicht die ganzen anderen Umstände mit einberechnet. Staus sind eben nervig, Staus sind ganz schlecht für die Wirtschaft und für die Umwelt. Da muss man dringend umsteuern.

Aber, haben Sie da ein Konzept? Sie haben natürlich kein Konzept, Sie haben keinen Plan. Sie machen ein ÖPNV-Gesetz, Sie machen ein sogenanntes landesbedeutendes Netz für den öffentlichen Personennahverkehr sowie für den Schienenpersonennahverkehr und wälzen damit Ihre Verantwortung, die Sie in dem Bereich haben, auf die Kommunen und auf die Aufgabenträger ab. Das ist nichts anderes als Verantwortung abwälzen.

Sie und nur Sie tragen eine Verantwortung dafür, dass es seit Ihrer Regierungszeit Ticketpreiserhöhungen von 20 % und mehr im öffentlichen Personennahverkehr gegeben hat. So verhindern Sie natürlich

(Beifall von der SPD)

den an sich wünschenswerten Umstieg von PKW auf Busse und Bahnen. Wir sollten uns über alle Parteigrenzen hinweg eigentlich wünschen, dass mehr Leute Busse und Bahnen benutzen. Sie müssen hier umsteuern. Wir brauchen mehr statt weniger ÖPNV, mehr statt weniger Busse und Bahnen, attraktivere öffentliche Verkehrsmittel. Deren Nutzung muss bezahlbar bleiben, und wir brauchen auch das Sozialticket. Entsprechende Initiativen dazu hatten wir hier gestartet.

Kürzlich wurden wir im Rahmen der Haushaltsberatungen von Anträgen der Koalitionsfraktionen überrascht. Wie das so ist, beim ersten Durchsehen waren wir sogar fast begeistert. Die nicht bundeseigenen Eisenbahnen sollten erstmals in Ihrer Regierungszeit überhaupt gefördert werden, und zwar mit 1,5 Millionen €. Gut so. Der Topf für Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen soll um 3 Millionen € erhöht werden. Bravo! Doch, wer soll das bezahlen? Wie immer bei der Regierung Rüttgers: die Kommunen, genauer gesagt, der kommunale Straßenbau. Dort haben Sie die Zuschüsse von 5,6 auf 1,1 Millionen € gesenkt. Die Kommunen sollen also wieder einmal für die Versäumnisse des Landes zahlen.

Mein Kollege Hans-Willi Körfges sagt in solchen Fällen immer: So ist meinem Opa sein Fahrrad auch schon mal weggekommen. – Also, es ist noch gar nicht so lange her, da wollte die CDU ein Straßenbauinvestitionsprogramm 2010. Sie haben jetzt noch ein paar Minuten Zeit, es hier schnell einzubringen, ansonsten können Sie es jedenfalls in dieser Haushaltsperiode nicht mehr tun. 2005 haben Sie das einmal versprochen. Sie haben gesagt: Jawohl, wir werden ein Straßenbauinvestitionsprogramm 2010 bekommen. Die FDP hatte damals 100 Millionen € zusätzlich allein für den Landesstraßenneubau ausgeben wollen. Das war das, womit diese Regierungsfractionen angetreten sind. Wir alle wissen, dass daraus nichts geworden ist.

Auf Bundesebene schwant uns auch nichts Gutes. Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass die Gewinne aus der LKW-Maut ausschließlich für die Straße ausgegeben werden dürfen und eben nicht mehr in den viel umweltfreundlicheren Bereich der Schifffahrt, Binnenschifffahrt oder in die Schiene hereingegeben werden dürfen. Herr Minister, ich fordere Sie auf, eine Initiative zu ergreifen, dass dieser Unsinn nicht umgesetzt wird. Das können wir uns als Nordrhein-Westfalen schon gar nicht erlauben.

An dieser Stelle darf ich noch darauf hinweisen: Sie haben auch im Bereich Verkehr mit dem Thema „Privat vor Staat“ nicht Halt gemacht. Sie haben PPP-Modelle zum Landesstraßenbau forciert, haben darüber aber den Mittelstand total außen vor gelassen. Der Kollege Eiskirch ist darauf bereits eingegangen. Der Mittelstand beklagt sich auch bei uns, dass die Lose viel zu groß sind und insofern überhaupt keine Chance besteht, in dem Bereich Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern. Auch da hat sich „Privat vor Staat“ als fatal erwiesen.

Durchaus richtig schreiben Sie in Ihrem Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2005: Binnenschiffe sind ein umweltfreundlicher und sicherer Verkehrsträger, der über ein erhebliches Wachstumspotenzial verfügt. Für die nordrhein-westfälische Industrie ist die Binnenschifffahrt unentbehrlich. Wir wollen die Häfen in Nordrhein-Westfalen stärken und in ihrer weiteren Entwicklung unterstützen, Seite 29 Ihres Koalitionsvertrages aus dem Jahre 2005. Bravo, sehr gut! Damit bin ich einverstanden. Aber ich muss leider feststellen, dass Sie sich noch nicht einmal an Ihren eigenen Koalitionsvertrag halten. Mit dem sogenannten Hafensicherheitsgesetz, das eigentlich Hafengefährdungsgesetz genannt werden müsste, schwächen Sie massiv die nordrhein-westfälischen Binnenhäfen. Sie schmeißen ihnen Knüppel zwischen die Beine und gefährden Ausbildungs- und Arbeitsplätze in diesem Bereich. Das hat ganz deutlich die von uns beantragte Anhörung mit den Experten zu den Auswirkungen dieses Hafensicherheitsgesetzes ergeben.

Herr Minister, ich fordere Sie auf, hier dringend umzusteuern. Nehmen Sie die Anregungen der Industrie- und Handelskammern ernst. Erlassen Sie entsprechende Richtlinien und Verordnungen!

Im Koalitionsvertrag haben Sie – ich komme jetzt auf das Thema Luftverkehr zu sprechen – auch Entscheidungen grundsätzlicher Natur im Luftverkehr angekündigt. Sie wollten das von uns gemachte Luftverkehrskonzept erst ganz beiseite schieben, dann wollten Sie es überarbeiten, und jetzt trauen Sie sich da gar nichts mehr zu, weil Sie um Ihre eigene Klientel in den Regionen fürchten. Sie wollen das nicht anpacken. So können wir nicht weitermachen. Das kann sich dieses Industrieland nicht leisten. Dieses Industrie- und Tourismusland Nordrhein-Westfalen kann sich diese

Regierung nicht leisten. Beschäftigte, Anwohner und Investoren müssen wissen, woran sie sind. Leider ist ein Umsteuern nicht zu erkennen.

Wir haben einen CDU-Verkehrsminister erlebt, der sagte, man könne Verkehre nicht steuern. Der Neue sagt dazu lieber gar nichts. Manchmal hat man den Eindruck, dass das, was der eine zu viel an Leidenschaft hatte, dem anderen eher abgeht.

NRW wird schlecht regiert, aber NRW kann es sich nicht leisten, in der Verkehrspolitik und auch auf anderen Gebieten schlecht regiert zu werden. Dieses Land kann sich die Regierung Rüttgers nicht mehr leisten. – Danke.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Wißen. – Für die CDU-Fraktion hat das Wort jetzt Herr Kollege Schulte.

Bernd Schulte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie es seit 2005 immer der Fall ist, spiegelt sich auch in diesem Verkehrshaushalt die Tatsache wider, dass es für die wichtigen Verkehrsträger des Landes eine Gleichbehandlung gibt und kein einzelner Verkehrsträger mehr bevorzugt wird. Wir begrüßen die Feststellung des neuen Bundesverkehrsministers, dass in Nordrhein-Westfalen viele Verkehrsobjekte mit Blick auf die deutsche Einheit zurückgestellt wurden, die Infrastruktur teilweise auf Verschleiß gefahren wurde und großer Nachholbedarf besteht.

Deswegen ist es sehr positiv, dass in Nordrhein-Westfalen 147,4 Millionen € aus dem Konjunkturpaket II für wichtige Verkehrsmaßnahmen gebunden wurden. Davon entfallen allein 66,6 Millionen € auf die Verstärkung von Erhaltungsmaßnahmen, insbesondere auch bei Bundesfernstraßen. Das ist ein wesentliches Argument dafür, dass die Stausituation im Moment eskaliert; denn vor dem Wintereinbruch wird an allen möglichen Stellen des Landes gebaut, um das wieder aufzuholen, was in den Jahren rot-grüner Regierung in Berlin und Düsseldorf blockiert worden ist.

Der Bund hat mit dem Aufbauprogramm West ein entsprechendes Signal gesetzt. Wir müssen gemeinsam mit der Koalition in Berlin erreichen, dass die Bundesmittel für den Bundesfernstraßenbau in Zukunft nach dem tatsächlichen Bedarf verteilt werden. Insofern ist es sehr wichtig, schon jetzt auf die Fortschreibung der Maßnahmen und Finanzierungspläne in dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestages vorbereitet zu sein.

In Nordrhein-Westfalen muss weiter am Abbau des Unterhaltungsstaus an Landesstraßen gearbeitet werden. Die Koalition hat den Ansatz für Erhaltungsinvestitionen um 3 Millionen € auf 73 Millionen € erhöht. Für den Neu- und Ausbau von Lan-

desstraßen verbleiben wir mit 67 Millionen € in etwa auf dem bisherigen Niveau.

Der neue Bundesverkehrsminister hat die Priorität für den RRX in Nordrhein-Westfalen bekräftigt. Gleichlautende Signale kommen aus der Konzernspitze der Deutschen Bundesbahn.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die gibt es nicht mehr!)

Dementsprechend kann der Masterplan Nordrhein-Westfalen vom 12. Dezember 2008 weiter abgearbeitet werden.

Gerade in diesen Stunden, meine Damen und Herren, gibt es eine gemeinsame Pressekonferenz des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr und der DB Regio in Nordrhein-Westfalen. Beide Institutionen stellen das neue S-Bahn-Konzept für Nordrhein-Westfalen vor. Dieses neue S-Bahn-Konzept ist Ausfluss der vor einem Jahr getroffenen vertraglichen Regelung zwischen VRR und DB. Ich halte es für sehr positiv, dass ab dem 13. Dezember, also in wenigen Tagen, ein neuer Fahrplan in Kraft tritt, nachdem zwei S-Bahn-Linien verlängert und die Fahrpläne optimiert werden und dann in einer zweiten Stufe bis zum Ende des Jahres 2012 insgesamt 116 neue S-Bahn-Züge in Nordrhein-Westfalen fahren.

Aus der Einigung zwischen VRR und DB resultiert auch eine Verbesserung des Regionalexpressnetzes über Nordrhein-Westfalen hinaus nach Hessen, die in der letzten Woche eine positive Bestätigung durch die Zweckverbände in Westfalen erfahren hat. Dieses RE-Konzept bezieht sich auf die Korridore Münster–Düsseldorf, Dortmund–Hamm und Hamm–Paderborn. Letztere Korridore werden durch die Verkehre im Bereich Paderborn–Kassel ergänzt. Insofern zeigt sich ein Jahr nach der Einigung zwischen DB und VRR, dass es zu einer Regelung gekommen ist, die weit über das S-Bahn-Konzept hinausstrahlt und die Verkehre in den Bereich Hessen und Thüringen fortsetzt, um Nordrhein-Westfalen optimiert an diese Netze anzubinden.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir beleben in diesem Haushalt das vor Jahren eingestellte Oberbauprogramm neu, indem 1,5 Millionen € für die Investitionsförderung des Netzes nicht bundeseigener Bahnen in den Haushalt eingestellt wurden. Ich mache darauf aufmerksam: Sowohl die 3 Millionen € für die Erhöhung der Instandsetzung als auch die 1,5 Millionen € für die Wiederbelebung des Oberbauprogramms gehen nicht zulasten der Kommunen, sondern die in dem ursprünglichen Titel angedachten Objekte werden über das Entflechtungsgesetz zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz finanziert, sodass die betroffenen Objekte in den Kommunen nicht, wie Sie behauptet haben, unter die Räder geraten werden.

(Beifall von der CDU)

ÖPNV und SPNV sind in diesem Haushalt bedarfsgerecht ausfinanziert. Wir arbeiten an den Stellschrauben der Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr und bereiten uns auf die Revision des Regionalisierungsgesetzes vor, um rechtzeitig auf den Verteilungswettbewerb zwischen den Bundesländern eingerichtet zu sein. Ein gemeinsam mit dem Verband der Verkehrsunternehmen erarbeitetes Gutachten bietet dafür eine gute Grundlage. Es geht insbesondere darum, die in der Vergangenheit durch Rot-Grün verursachten Benachteiligungen des Landes Nordrhein-Westfalen wieder auszugleichen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

In diesem Haushalt findet auch der Ruhrpilot entsprechend Niederschlag. Er ist ein wichtiges Instrument zur Optimierung der Verkehrsabläufe auf wichtigen Straßen und zur intelligenten Nutzung vorhandener Infrastruktur. Wir schaffen in diesem Haushalt die Grundlagen für die Weiterentwicklung und den Abschluss des bereits 2004 begründeten Systems und unterstützen die Landesregierung beim Aufbau einer landeseinheitlichen Verkehrsleitzentrale.

Das bedeutet unter dem Strich: Der Haushalt für Verkehr ist von Kontinuität geprägt und setzt trotz Krise neue Schwerpunkte. Das ist gut so, und deswegen werden wir ihn so verabschieden. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Schulte. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Rasche.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Haushaltsberatung ist eine gute Gelegenheit, eine Bilanz über viereinhalb Jahre erfolgreiche Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen zu ziehen. CDU und FDP haben gerade in diesem Politikfeld für eine Wende im Land gesorgt.

Es gibt viele Beispiele, die ich nennen könnte, bei denen wir zehn Jahre lang – von 1995 bis 2005 – rot-grüne Blockaden und Stillstand erlebt haben, die Nordrhein-Westfalen wirklich in den Stau geführt haben.

(Lachen von Achim Tüttenberg [SPD])

Das gilt für Bundesfernstraßen und Autobahnen. Es gab so gut wie keine Planfeststellungsbeschlüsse. Gelder, die der Bund für Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt hat, mussten am Ende des Jahres an andere Länder verschenkt werden, weil sich Rot-Grün auf keine Projekte einigen konnte und sämtliche Bauvorhaben blockiert hat.

Nehmen wir das Luftverkehrskonzept: Es wurde gemeinsam beschlossen, aber noch am gleichen Tag und an jedem weiteren Tag vom Koalitionspartner bekämpft. Wenn man solch gegensätzliche Ziele in einer Koalition hat, ist es kein Wunder, dass es beim Ausbau der Infrastruktur zu einem erheblichen Stillstand kommt.

Unter Schwarz-Gelb ist das überhaupt nicht der Fall. Wir haben gemeinsame Ziele und setzen sie auch konsequent um. Wir setzen auf alle Verkehrsträger und nicht nur auf einen. So wie Sie ideologisch bedingt einen einzigen Verkehrsträger, nämlich die Schiene, bevorzugt haben, können wir die Verkehrsprobleme in Nordrhein-Westfalen nicht lösen.

Auch wir wollen möglichst viel Verkehr auf die Schiene bringen. Diese Aufgabe ist vernünftig und wird von allen Verkehrspolitikern verfolgt.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Das geht aber nur dann, wenn man sich realistische Ziele setzt. Sie haben sich immer unrealistische Ziele gesetzt. Die konnte man nicht verwirklichen. Aber Millionen und Milliarden sind dadurch von Ihnen in Nordrhein-Westfalen versenkt worden. Das war genau der falsche Weg.

(Frank Sichau [SPD]: Wo denn? – Gegenruf von der CDU)

– Der Metrorapid ist ein Beispiel. Bei den Bundesfernstraßen haben Sie Jahr für Jahr Millionen € verschenkt. Sie können das alles nachlesen. Aber das wissen Sie doch auch, Herr Kollege.

(Frank Sichau [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Gerade die SPD hat zudem immer den Zusammenhang von Infrastruktur und Verkehr auf der einen Seite und Arbeitsplätzen, Wirtschaft und Wachstum auf der anderen Seite ignoriert. Wenn Sie ständig den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der Logistik vernachlässigen, so wie Sie das zehn Jahre lang gemacht haben, ist es kein Wunder, dass auf der anderen Seite Wachstum und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen verloren gegangen sind. Genau diese Politik haben wir verändert. Ihre Politik war für Nordrhein-Westfalen fatal.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wißen?

Christof Rasche (FDP): Na klar.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege Wißen.

Bodo Wißen (SPD): Herr Kollege Rasche, Sie haben uns eine unrealistische Politik und eine unrea-

listische verkehrspolitische Zielsetzung vorgeworfen. Nun habe ich Ihren Koalitionsvertrag mehrfach insbesondere zum Themenbereich Verkehr durchgelesen. Zur europäischen Verkehrszusammenarbeit steht dort, dass man eine Magnetschwebebahn bauen will.

(Zuruf von der CDU: Aber nicht als Straßenbahn!)

Stehen Sie noch dieser Aussage im Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP aus dem Jahr 2005?

Christof Rasche (FDP): Lieber Herr Wißen, CDU und FDP stehen neuen Technologien immer offen gegenüber. Das ist doch selbstverständlich.

(Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Wir wollen auch diese neuen Technologien verwirklichen und umsetzen.

Wir sollten aber auch einmal zurückschauen: Sie haben mit Ihrer Regierung den Metrorapid versprochen. Daraus ist nichts geworden.

(Beifall von der CDU)

Millionen und Abermillionen sind versenkt worden. Nachdem Sie dann im Jahr 2002 den Metrorapid versenkt hatten, also die neue Technologie, bei der Nordrhein-Westfalen weltweit führend war, haben Sie einen Metroexpress versprochen, also eine neue Schienenverkehrsverbindung zwischen den Metropolen in Nordrhein-Westfalen, die 2006 zur Fußball-WM fahren sollte. Nichts ist passiert. Nicht ein Gleis ist gelegt worden. Ohne Gleise kann kein Zug fahren, lieber Herr Wißen. Da haben Sie also völlig versagt.

(Bodo Wißen [SPD]: Was ist denn seit 2005 passiert?)

– 2005 haben wir die Wende in der Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen vollzogen; das habe ich Ihnen gerade erklärt.

(Lachen von der SPD – Bodo Wißen [SPD]: Lesen Sie mal wieder ab! Das ist besser!)

Sie haben zum Beispiel im Jahr 2004 für das Landesstraßennetz 130 Millionen € zur Verfügung gestellt. Im Jahre 2010 stellen wir trotz schwieriger Finanzlage knapp 160 Millionen € zur Verfügung. Damit arbeiten wir schrittweise den riesigen Sanierungsstau ab, den Sie uns gerade bei den Landesstraßen hinterlassen haben.

20 % der Verkehrsleistungen finden in Nordrhein-Westfalen statt, meine Damen und Herren. Ein Drittel der bundesdeutschen Staus findet aber auch in Nordrhein-Westfalen statt. Und was machen die Kollegen von den Grünen? Gerade weil Sie ideologischerweise übertrieben die Schienenpolitik verfolgen, blockieren Sie nach wie vor jedes Ausbauvorhaben von Bundesfernstraßen, insbesondere von Umgehungsstraßen und Autobahnlückenschlüssen.

In diesem Haushalt haben sie vorgeschlagen, die Mittel für den Landesstraßenausbauplan um 57 Millionen € auf 10 Millionen € zu reduzieren. Mit 10 Millionen € kann man aber nicht die Baustellen, die überall in Nordrhein-Westfalen zum Teil schon vor Jahren eingerichtet worden sind, abarbeiten. Diese Baustellen sind entstanden, weil Rot-Grün sie noch bis zum Jahr 2005 beschlossen hat. Sie müssen jetzt doch abgearbeitet werden. Kein Mensch – auch nicht die Grünen – kann ernsthaft wollen, dass diese Baustellen über Jahre hinweg halb fertig stehen bleiben.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Wir verfolgen aber nicht nur den Ausbau des Straßennetzes. Wir haben einen Masterplan Schiene beschlossen, der den RRX – Kollege Schulte hat es gesagt – und den Ausbau der Bahninfrastruktur beinhaltet. Wir haben im Landeshaushalt 1,5 Millionen € für NE-Bahnen vorgesehen. Das Streckennetz nicht bundeseigenen Eisenbahnen beträgt in Nordrhein-Westfalen rund 20 %. Es muss endlich wieder in diese Infrastruktur investiert werden. Wir hoffen, dass der Bund das kofinanzieren wird – das hat er in Aussicht gestellt –, vielleicht sogar mit dem Zwei- bis Dreifachen.

Im ÖPNV haben wir neue Rahmenbedingungen gesetzt. Wir setzen auf Wettbewerb. Die FDP wird sich für eine Neuregelung im ÖPNV-Gesetz zur Absicherung der Schüler- und Ausbildungsverkehre einsetzen.

Wir wollen, dass sich Nordrhein-Westfalen mehr und mehr zur Logistikdrehscheibe entwickelt – Stichwort: Eiserner Rhein und Betuwe-Linie. Die Schieneninfrastruktur ist wichtig. Wir wollen ein europäisches Logistikzentrum in Nordrhein-Westfalen, und wir wollen erreichen, dass Transitverkehre, die durch Nordrhein-Westfalen fahren, endlich auch für Wertschöpfung sorgen, meine Damen und Herren.

(Horst Becker [GRÜNE]: Sie wollen immer – wollen, wollen, wollen!)

Abschließend noch zum Kollegen Wißen: Er hat gesagt, er möchte gerne am 9. Mai die schwarzgelbe Regierung ablösen.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Da hat er recht!)

Die Frage ist, wie er das machen will.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Durch eine Mehrheit bei den Wahlen!)

Sein Bundesvorsitzender Gabriel hat diese Woche eindeutig einen Vorschlag unterbreitet. Er will Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen mit Rot-Rot-Grün ablösen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Kandidiert Herr Gabriel auch in Nordrhein-Westfalen?)

Kollege Becker hat in mehrere Debatten in den vergangenen Monaten für die Grünen gesagt:

(Horst Becker [GRÜNE]: Alles ist besser als diese Regierung! – Gegenruf von der SPD: Bravo, Herr Becker! – Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Linken stehen den Grünen näher als die FDP.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Ja klar!)

SPD und Grüne bereiten sich also auf ein rot-rot-grünes Bündnis in Nordrhein-Westfalen vor. Das ist uns natürlich nicht entgangen.

(Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Ich denke nur, dass die Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen dieses rot-rot-grüne Bündnis nicht haben wollen

(Horst Becker [GRÜNE]: Das lässt hoffen!)

und gerade deswegen die Koalition von CDU und FDP bestätigen werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU – Rainer Schmelzter [SPD]: Jetzt hat er es uns aber gezeigt!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rasche. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Becker das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Becker.

Horst Becker³⁾ (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Argumentationsfiguren sind immer etwas Spannendes, und wenn man sie eine Weile nachvollziehen kann, dann sind sie manchmal auch erheiternd. Wir haben heute wieder eine erheiternde Argumentationsfigur von FDP und CDU zur Kenntnis nehmen dürfen. Angetreten waren sie mit der Aussage: Weniger Stau in NRW. Sie treten jetzt auf mit: Mehr Stau in NRW.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Und Sie sagen, der zusätzliche Stau sei deswegen gut, weil wir jetzt mehr bauen würden und in der Zukunft alles besser würde.

(Widerspruch von der FDP)

Sie behaupten, der Stau von heute trage zur Zukunft bei. Das wird sich zeigen. Fakt ist, dass Sie mehr und nicht weniger Stau haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Unter anderem deswegen gilt: Sie haben ideologische Blockaden und nicht wir. Nicht nur, aber auch deswegen gilt der Satz, den ich gerne noch einmal zu Protokoll gebe: Alles ist besser als diese Landesregierung mit dieser FDP.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt schreibt Kürzungen im ÖPNV vor, und zwar bei Bussen und Bahnen. Das ist für viele Menschen in Nordrhein-Westfalen schlecht. Sie unterscheiden sich diesbezüglich im Übrigen auch negativ von anderen in Ihrer Partei, die in anderen Bundesländern dafür gesorgt haben, dass die Kürzungen der Regionalisierungsmittel durch Mehrwertsteuererhöhungen ausgeglichen wurden.

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

Das ist in Niedersachsen und Hessen geschehen, und wir hätten erwartet, dass es auch hier geschieht. Das wäre eine gute Politik gewesen. Das haben Sie aber nicht gemacht, weil Sie das Geld aufgrund Ihrer ideologischen Grundhaltung für andere Politikfelder, unter anderem für Ihre Autovorangpolitik, gebraucht haben.

Die Bürgerinnen und Bürger – das ist die Kehrseite der Medaille – zahlen den Preis für diese Fehlentwicklung in der Politik. Sie zahlen ihn mit Mehrkosten beim ÖPNV, im VRS von über 20 %, im VRR von 23 % und im Bereich Sauerland/Siegerland, also Westfalen-Süd, mit einer Preissteigerung von 25 %. Auch das ist eine unsoziale Politik, ein falsches Ergebnis Ihrer Verkehrspolitik.

Wir haben Ihnen einen Vorschlag dazu gemacht, wie man wenigstens die größten sozialen Ungerechtigkeiten in dem Bereich abmildern könnte, nämlich indem man sich landesweit positiv um Sozialtickets bemüht und sie nicht bekämpft. Auch das haben Sie abgelehnt wegen 30 Millionen €, die sie an anderer Stelle durchaus haben. Das ist zutiefst unsozial und eine falsche Verkehrspolitik. Im Übrigen dient es auch nicht der Stärkung des ÖPNV.

Wir haben in diesem Zusammenhang darauf zu verweisen, dass die Kürzungen bei der Schülerbeförderung in den letzten vier Jahren insgesamt 160 Millionen € ausmachen. Dies hat – wenn man sich ein bisschen auskennt, weiß man das – vor allen Dingen beim ÖPNV im ländlichen Raum zu einem erheblichen Kosten- und Kürzungsdruck geführt, weil die Schülerbeförderungskosten im ländlichen Raum selbstverständlich einen wesentlichen Anteil an der Finanzierung des ÖPNV haben.

Das, was der Fraktionsvorsitzende von der CDU, Herr Stahl, in diesem Zusammenhang gesagt hat, ist bezeichnend und verheerend. Er hat den Rückgang der Schülerbeförderungsmittel des Landes an die Kommunen damit begründet, dass auch die Schülerinnen- und Schülerzahlen zurückgehen. Aber wer sich auskennt, der weiß, dass bestenfalls die Busse mit ein paar weniger Schülerinnen und Schülern fahren, aber nicht weniger Busse fahren. Das heißt, dass die Kosten die gleichen sind.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dass diese Landesregierung sich um den ÖPNV insgesamt nicht wirklich kümmert, kann man auch

daran sehen, dass Sie sich eben noch eines Landesstraßenbedarfsplanes gerühmt haben; außerdem rühmen Sie sich des Luftverkehrskonzeptes. Aber Sie haben es bis heute nicht geschafft, ein ÖPNV-Konzept auf die Beine zu stellen, das diesen Namen wirklich verdient. Wir bräuchten ein ÖPNV-Zukunftskonzept für Busse und Bahnen in Nordrhein-Westfalen. Das brauchen wir nicht nur deswegen, weil wir die beiden anderen Konzepte haben, sondern auch deswegen, weil wir auf verheerende Zustände treffen, wenn wir uns in Nordrhein-Westfalen umschauen.

Wer sich in Nordrhein-Westfalen umschaut, der weiß, dass es bei den kleinen und mittleren Bahnhöfen einen exorbitanten Sanierungsstau gibt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Der hat etwas damit zu tun, dass in Nordrhein-Westfalen mittlerweile die Hälfte der Regionalisierungsmittel in die Stationspreise für die mittleren und kleinen Bahnhöfe fließt, aber die DB nicht ansatzweise eine Gegenleistung bei der Sanierung erbringt. Das wiederum hat etwas damit zu tun, dass der ÖPNV, dass der Bahnverkehr und dass die Kundinnen und Kunden dieser Verkehrswege absolut keine Lobby bei dieser Landesregierung haben. Diese Landesregierung lässt stattdessen alles an sich vorbeischwimmen und veröffentlicht mit der Bahn Hochglanzbroschüren wie den Masterplan, hinter dem – außer dem geschriebenen Wort – nichts, aber auch gar nichts steckt.

Das kann man auch feststellen, wenn man sich mit dem RRX beschäftigt, der eben wieder genannt wurde. Ich habe mir die Zahlen einmal angeschaut und weise gerne noch einmal darauf hin, damit sie auch im Protokoll stehen. Der RRX wurde in den entsprechenden Bundesinvestitionsprogrammen namentlich im Herbst des letzten Jahres, als die Mautmittel erhöht worden sind – diese Erhöhung haben Sie übrigens bekämpft –, das erste Mal erwähnt. Er ist, zusammen mit drei anderen Projekten, mit 2 Milliarden € bis 2021 erwähnt.

2 Milliarden € bedeuten im Hinblick auf Ulm-Wendlingen, Stuttgart21 und den RRX – geschätzt mit 1,4 Milliarden €, inzwischen mit 1,6 Milliarden €, wobei die Fachleute wissen, dass es in Wahrheit mindestens 1,8 Milliarden € werden –, dass wir uns in einem Wettkampf mit Baden-Württemberg befinden. Sie sind aber offensichtlich nicht in der Lage, bei der Bundesregierung – auch nicht bei der neuen – dafür zu sorgen, dass der RRX in den nächsten Jahren ausfinanziert wird. Sie laufen einer Chimäre mit neu lackierten Hochglanzzügen hinterher. Aber für die Kundinnen und Kunden ist in den nächsten zehn bis 15 Jahren in dieser Richtung absolut nichts zu erwarten. Das ist ein Versagen dieser Landesregierung.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, Sie rühmen sich heute des VRR-Vertrages. Dazu kann ich nur sagen, dass

man sich gut Geldes rühmen kann, das man Dritten abnimmt.

(Bodo Wißen [SPD]: So ist es!)

Das Geld, das Sie oben draufgesattelt haben, ist ausweislich der Ankündigung Ihrer ministeriellen Ebene ab 2010 nicht mehr im System für die anderen Verkehrsverbände vorhanden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das heißt, dass das der VRS, die Westfalen und alle anderen mit bezahlen. Sonst müssten Sie es oben draufsatteln. Genau das tun Sie aber nicht. Auch an der Stelle versagen Sie.

(Beifall von Bodo Wißen [SPD])

Lassen Sie mich noch ganz kurz etwas zum Flugverkehr sagen. Wir haben da bekanntermaßen eine andere Position als die SPD. Aber ich finde es verheerend, dass man am Anfang dieser Wahlperiode ankündigt, das Luftverkehrskonzept zu überarbeiten, dann aber – wie auch anderer Stelle – nichts macht als Flicker, Herumstückeln, hier eine Genehmigung verändern, da etwas verändern, dort die Nachtflugerlaubnis um 15 Jahre bis 2030 verlängern usw.

Auf gut Deutsch gesagt haben Sie nicht den Mumm in den Knochen, um sich vor den Kommunalwahlen und den Landtagswahlen mit dem zu stellen, was Sie vorhaben. Das finde ich verwerflich, weil Sie der Bürgerschaft keinen reinen Wein über Ihre Pläne einschenken. Wir werden dafür sorgen, dass auch dies ein Thema im Landtagswahlkampf wird.

Herr Wißen, wenn ich Ihnen an einer Stelle Recht gebe, dann darin, dass diese Regierung weg muss. Daran werden wir gemeinsam arbeiten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Danke, Herr Abgeordneter Becker. – Als nächster Redner spricht Herr Minister Lienenkämper für die Landesregierung. Bitte schön, Herr Minister.

Lutz Lienenkämper, Minister für Bauen und Verkehr: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Verkehrshaushaltswurf für das Jahr 2010 ist Ausweis unserer klaren Politik, die Verkehrsträger gleich zu behandeln. Es gibt mit uns keine Ideologie in der Verkehrspolitik mehr. Jeder Verkehrsträger wird seinem Bedarf und seinen Möglichkeiten entsprechend ausgebaut. Wir haben alle Verkehrsträger gleichrangig nebeneinander zu betrachten.

Insbesondere ist mit der aus meiner Sicht völlig falschen Ideologie Schluss, die Bürgerinnen und Bürger auf einen von uns bestimmten Verkehrsträger zwingen. Wir müssen niemanden zwingen, son-

dem die Verkehrsträger im Angebot so stärken, dass sich die Menschen selbst auswählen können, welchen Verkehrsträger sie benutzen.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist Leitschnur unserer Politik. Sie betrifft den ÖPNV, den wir intensiv mit 1,415 Milliarden € fördern. Wer 1,415 Milliarden € nicht für eine ausreichende Förderung des ÖPNV hält, soll einmal erklären, welche Förderung eigentlich ausreichend ist.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Ich glaube, diese Förderung spricht bereits für sich selbst.

Zudem werden wir die Möglichkeiten unterstützen, die auf Bundesebene durch ein möglicherweise eintretendes Förderprogramm für nicht bundeseigene Eisenbahnen gegeben werden. Auf Antrag der Koalitionsfraktionen und mit meiner ausdrücklichen Unterstützung schaffen wir die Voraussetzungen im Haushalt, damit das Land Nordrhein-Westfalen mitmachen kann, wenn der Bund die Chancen eröffnet, nicht bundeseigene Eisenbahnen zu fördern. Dafür wird es 1,5 Millionen € im Haushalt geben.

Die Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr im Rahmen des ÖPNV werden wir aufrechterhalten und weiter bedarfsgerecht dotieren. Die Ausbildungsverkehre bleiben im Fokus unserer Politik.

Zur Luftverkehrsförderung: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich frage mich immer, was es eigentlich wert ist, einen nahezu einstimmigen Landtagsbeschluss mit einer Luftverkehrskonzeption 2010 zu haben. Schon die Logik sagt mir, dass wir noch nicht das Jahr 2010 haben. Wir befinden uns im Jahr 2009. Deswegen gilt die Luftverkehrskonzeption 2010.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Sie gilt bis zum Ende des Jahres 2010. So war sie angelegt und dabei bleibt es auch. Im Übrigen haben wir eine Luftverkehrspolitik mit Augenmaß betrieben. Sie hat die notwendigen Interessenabwägungen vorgenommen. Anders als Sie sind wir jedenfalls nicht vor Gericht damit gescheitert.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Zum Thema Schifffahrt ist die Seite 29 unseres Koalitionsvertrages zitiert worden. Zunächst einmal begrüße ich ausdrücklich, dass Sie den Vertrag immer wieder lesen. Das macht Sinn und bildet auch.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das hat nichts mit Ihrer Politik zu tun!)

Es führt normalerweise auch weiter. Hätten Sie den Haushaltsplan daneben gelegt, hätten Sie gesehen, dass das Land Nordrhein-Westfalen im Jahre 2010 weitere 5 Millionen € für den Ausbau der Weststrecke des Mittellandkanals sowie 7 Millionen € für den

Ausbau der rheinisch-westfälischen Kanäle, insbesondere des Rhein-Herne-Kanals und des Datteln-Hamm-Kanals, zur Verfügung stellt, also rund 12 Millionen € insgesamt. Warum Sie da von unterbleibender Förderung sprechen, erschließt sich mir jedenfalls nicht.

Ich komme zur Straßenbaupolitik. Ich finde es immer ganz interessant, wenn Sie uns die Staus in Nordrhein-Westfalen vorwerfen.

(Zuruf von der SPD: Warum wohl? – Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Ich habe manchmal das Gefühl, Sie gehen davon aus, dass wir die Infrastruktur in diesem Land geschaffen hätten. Wir haben das nicht gemacht, sondern im Jahr 2005 eine Infrastruktur im Verkehrsbe- reich von Ihnen übernommen, die mit erheblichen Nachholbedarfen im Investitionsbereich behaftet war.

(Beifall von der CDU)

Genau wie in vielen anderen Politikbereichen auch sind wir deshalb dabei, die Scherben Ihrer Regierungszeit wegzuräumen. Wir machen das erfolgreich. Wir bauen endlich wieder Straßen. Wir schließen Lücken. Wir bauen Ortsumgehungen und entlasten die Bürgerinnen und Bürger in den Ortslagen erheblich von Abgasen, Verkehr und Belastungen. Wir erhalten unsere Straßen anständig und dotieren die entsprechende Position im Landeshaushalt mit 73 Millionen € und damit höher, als es vor 2009 der Fall gewesen ist.

(Beifall von der CDU)

Auch die für den Neu- und Ausbau größerer Vorhaben im Landesstraßennetz zur Verfügung stehenden Mittel sind mit 67 Millionen € auskömmlich und gut dotiert.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Das war schon der Stand 2005!)

Nehmen Sie deswegen bitte zur Kenntnis, meine Damen und Herren: Wir bauen für die Menschen in Nordrhein-Westfalen wieder Straßen und scheitern nicht an verbrämter Ideologie zugunsten der Schiene.

Im Übrigen werden wir die Radwege weiter ausbauen. Die Landesstraßen werden mit Radwegen versehen. Dafür werden im Jahr 2010 rund 5 Millionen € zur Verfügung stehen. Damit liegen wir auch hier deutlich über den Ansätzen der Jahre vor 2009. Neben dem konventionellen Radwegebau kann auch das Modellprojekt des Bürgerradwegs weiter verstärkt werden, der maßgeblich durch das bürgerschaftliche Engagement geprägt wird.

Außerdem stehen noch einmal bis zu 500.000 € aus den Mitteln für das Allein-Programm der Landesregierung bereit.

Auch den kommunalen Straßenbau unterstützen wir intensiv. 137,5 Millionen € sind ja wohl ein Wort. Auch damit tun wir etwas für die Menschen.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Das sind doch Bundesmittel!)

– Und wir verstärken die Bundesmittel im Übrigen durch originäre Landesmittel um 7,7 Millionen €, Herr Kollege Tüttenberg. Das Lesen des Haushaltsplans bildet.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Im Übrigen, meine Damen und Herren, stehen wir für eine Verkehrspolitik, die den Bedarf abbildet. Deswegen werden wir uns in Berlin nachhaltig für eine veränderte Verteilung der Bundesmittel im Straßenbau einsetzen. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall von der CDU – Horst Becker [GRÜNE]: Dabei ist doch schon seit vielen Jahren nichts herausgekommen!)

Die deutsche Einheit, meine sehr geehrten Damen und Herren, war ein Geschenk des Himmels für unser Land. Sie wurde unter der Regierung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl seinerzeit gut gestaltet.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Deswegen war es zu jeder Sekunde richtig, die Mittel am Anfang in den Aufbau der östlichen Bundesländer zu stecken. Die Infrastruktur und die Lebensverhältnisse mussten angeglichen werden. Daher war es völlig richtig, die Mittel bevorzugt dorthin zu geben.

Meine Damen und Herren, wenn Sie durch den Osten fahren – Sie werden das mit Sicherheit genauso wie ich zwischendurch tun –, stellen Sie fest: Diese Politik war erfolgreich. Die Infrastruktur ist weitestgehend aufgebaut. Sie ist weitestgehend in einem guten Zustand.

Wenn Sie gleichzeitig durch die nordrhein-westfälischen Straßen fahren, werden Sie feststellen: Der Zustand der Straßen im Osten ist besser als der Zustand der Straßen in Nordrhein-Westfalen. Deswegen brauchen wir ein Nachholprogramm West für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Mit diesem Nachholprogramm West werden wir die Verkehrspolitik weiter verstärken können. Ich bin Bundesverkehrsminister Dr. Ramsauer ausgesprochen dankbar dafür, dass er bereits in den ersten Tagen nach Einführung in sein neues Amt genau das zur Leitlinie seiner Politik erhoben hat.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Das ist nicht „West“, sondern das ist „Süd“!)

Im Übrigen werden wir uns dafür einsetzen müssen, dass die Investitionsmittel über 2011 hinaus für alle Verkehrsträger in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik Deutschland mindestens auf dem Niveau des Jahres 2010 gehalten werden.

Das ist schon eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Ich hoffe, dass wir auch Ihre Unterstützung dafür finden können, die Finanzpolitikerinnen und Finanzpolitiker in Berlin davon zu überzeugen, dass Investitionen in Höhe von 1 Milliarde € in die Infrastruktur etwa 4,4 Milliarden € positive volkswirtschaftliche Erträge bringen. Investitionen in Infrastruktur sind volkswirtschaftlich nützlich. Sie dürfen deswegen nicht abgesenkt, sondern müssen auf dem gleichen Niveau fortgesetzt werden. Dafür wird sich Nordrhein-Westfalen mit seinem Gewicht intensiv einsetzen.

Herr Kollege Wißen, Ihre Redebestandteile, in denen Sie sich mit dem Fahrrad des Großvaters von Herrn Kollegen Körfges beschäftigt haben, waren die stärksten. Daher rate ich Ihnen: Lassen Sie uns lieber weiter regieren. Das ist besser für dieses Land.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Lienenkämper. – Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir zum Teilbereich Verkehr nicht vor, sodass wir am Ende der Beratungen zu Einzelplan 14 sind.

Abstimmungen erfolgen gemäß Verabredung der Fraktionen zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr auch heute nicht.

Daher rufe ich, bevor wir über den Einzelplan 14 abstimmen, zunächst auf:

Einzelplan 11 Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Dieser Einzelplan umfasst die Teilbereiche „Arbeit und berufliche Weiterbildung“ und „Gesundheit und Soziales“.

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/10211 und die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Tischvorlage Nummern 80 bis 94.

Wir beginnen mit dem

Teilbereich Arbeit und berufliche Weiterbildung